

Plan ohne Hoffnung

Der sowjetzonale Volkswirtschaftsplan — Keine realen Zahlen

Als „Plan der Hoffnung“ bezeichnete Sowjetzonen-Regierungschef Grotewohl am 20. Mai das erst an diesem Tag der Volkskammer vorgelegte Plandokument für 1955. Es ist das erstmal, daß der „Volkswirtschaftsplan“ so spät bekanntgegeben wurde. Und zum erstenmal hat man dabei auch auf die Bekanntgabe näherer Planziffern verzichtet. Was die Volkskammer-Abgeordneten am Tag darauf bestätigen mußten, wird kaum einer von ihnen begriffen haben. Denn ohne Kenntnis zahlreicher Geheimabkommen mit der Sowjetunion und den Volksdemokratien ist dieses „Plandokument“ kaum zu verstehen. Kennt man diese jedoch, wird erschreckend klar, daß es der erste „Plan ohne Hoffnung“ ist, in dessen Rahmen die Angleichung der Sowjetzone an den Lebensstandard volksdemokratischer Staaten vollzogen wird.

Folgendes hat die SED gleich eingangs bei dieser Plan-Bekanntgabe verschwiegen: Der Plan für 1954 wurde im September 1953 der Volkskammer vorgelegt. Das diesjährige Dokument war im November 1954 abgeschlossen, hätte also wieder zum Jahresschluß den Abgeordneten vorgelegt werden können.

Dem stand entgegen, daß die offizielle Politik vor sechs Monaten noch unter Friedensparolen geführt wurde, während der Plan für 1955 bereits auf die volle Entfaltung der Rüstungswirtschaft und des Militarismus abgestellt war.

So kam es, daß die einzelnen Betriebe Teilpläne für das erste und zweite Quartal erhielten, die ihnen selbst nicht ganz geheimer waren. Aber nur wer die Kenntnis aller Pläne besaß, konnte das umspannende Netz rüstungswirtschaftlicher Maßnahmen erkennen, die im noch geheimgehaltenen Plandokument verankert waren.

„Großartige Perspektiven“

Ende Mai kam man schließlich nicht umhin, den längst in Aktion getretenen Plan — wenigstens in verschleierte Form — der laut Verfassung gesetzgebenden Körperschaft vorzulegen. Man jagte diesen formellen Akt in wenigen Stunden durch und ließ sich dann in aller Breite über „die

großartigen Perspektiven für die kommenden Jahre“ aus.

Am Anfang steht die Bilanz für 1954. Hier wurde der Plan angeblich mit 100,2 Prozent erfüllt. Tatsache ist, daß dieser Plan zweimal geändert worden ist und am Schluß zwar die Positionen der Schwerindustrie leidlich stimmten (bis auf Kohle und Energie), dafür jedoch die Leichtindustrie gegenüber den Versprechungen des Vorjahres beträchtlich zu kurz gekommen war.

Im neuen Plan werden alle Positionen erhöht, hauptsächlich jedoch die des Schwermaschinenbaus, der Chemie und der Landwirtschaft. Die einschlägigen Prozentzahlen zu zitieren, wäre sinnlos: Im Plan wird keine einzige reale Produktionsziffer genannt! Dagegen heißt es: 1955 werden zweimal soviel Motorräder produziert wie 1954 (für KVP und GST!) sowie das Sechsfache an Kühlschränken gegenüber 1954 (als die Produktion überhaupt erst aufgenommen wurde und soeben angelaufen ist!). Zur Import-Erhöhung: Die Kakao-Einfuhren steigen 1955 gegenüber dem Vorjahr auf 132 Prozent, die an tierischen Fetten auf 372 Prozent usw.

Der Leser solcher Zahlen fühlt sich mit Recht durch den 132prozentigen Kakao gezogen. Er merkt nur: Es fehlt an

Weizenmehl, Zucker, Fleisch, jetzt geht sogar die Margarine aus, schon beginnt der Streit um die Kartoffeln — was sollen da Prozentzahlen über Kühlschränke und Kakao? Selbst die HO-Läden inserieren in den Zeitungen, um alte Gaskühlschränke für ihre Lebensmittelgeschäfte aufzutreiben! Und nirgendwo sind plötzlich Streichhölzer zu haben.

Lebe einfacher, Genosse!

Es ist nicht unbekannt, daß viele der im letzten Jahr aus den Volksdemokratien in die Zone geschickten „Wirtschafts“-Kommissionen erstaunt waren über den im Vergleich zu ihren Ländern hohen Lebensstandard in Städten wie Leipzig und Osterlin.

Es ist das Staunen des sowjetischen Rotarmisten, der 1945 entdeckte, daß ein deutscher Arbeiter Badezimmer, Fahrrad und Armbanduhr besaß.

Es ist auch bekannt, daß manche militärische und schwerindustrielle Hilfe dieser Staaten nur unter der Bedingung abgegeben wird, daß sich die Zone mit ihren Lebensbedingungen nicht — vielleicht sogar noch auf Kosten der Volksdemokratien — über den osteuropäischen Gebiete erhebt.

Nur aus dieser Perspektive lassen sich das neue Plandokument und seine verzögerte Bekanntgabe verstehen. Die Sowjetzone ist eingegliedert worden in ein militärisches Paktsystem — jenes von Warschau — und wird nun auch wirtschaftlich der „Partner“ dieser Staaten. Und kein Kommunist in aller Welt wird — solange es nicht ihn selbst betrifft — Verständnis dafür haben, daß der Leipziger höhere Ansprüche erhebt als der Kolchosarbeiter Iwanowitsch aus der Vorstadt von Nowotscherkassk.

J. B. Gradl

Es wird ohnehin nicht leicht

Häufig wird in politischen Gesprächen die Frage gestellt, ob man „wirklich glaube“, daß in absehbarer Zeit die Wiedervereinigung kommt. In der Frage schwingt ein skeptischer Unterton mit, der gern verstärkt wird durch scheinbar selbstverständliche Feststellungen wie: „Die Russen geben nie heraus, was sie einmal haben“.

Der naheliegende Einwand, Österreich spreche gegen diese Ansicht, wird von dem Skeptiker ebenso schnell pariert mit der Erklärung: Österreich sei im Grunde unbedeutend, seine Räumung lasse deshalb keine Rückschlüsse zu. Solches Hin und Her der Meinungen läßt sich, weil sowjetische Politik im Spiele ist, beinahe ins Unendliche fortsetzen. Wogegen man sich aber wenden muß, das ist die sozusagen grundsätzliche Skepsis.

Natürlich liegt kein Anlaß zu rosarotem Optimismus vor, natürlich ist Vorsicht in der Politik mit dem Krenl geboten — aber mit Hoffungslosigkeit und absolutem Mißtrauen läßt sich keine Politik machen.

Satelliten ein Hemmnis?

Die Skeptiker haben natürlich nicht nur primitive Argumente. Zum Beispiel ist in der internationalen Diskussion der letzten Wochen häufig gesagt worden, wegen der Rückwirkungen auf die europäischen Satelliten könnten die Sowjets ihre deutsche Besatzungszone mit dem Pankower Satellitenregime nicht aufgeben. Zweifellos ein ernstes Argument!

Aber muß man wirklich annehmen, daß die Sorge der Sowjets um ihre Satelliten ein unüberwindliches Hemmnis ist? Sorge um Sowjetungarn hat die Sowjets weder an der Zusage der Räumung Österreichs noch am Besuch bei dem abtrünnigen, jetzt als „teurer Genosse“ angeordneten Tito gehindert. Die Anwesenheit der amerikanischen Truppen an der tschechischen Westgrenze seit 1945 hat das kommunistische Regime in der

Tschechoslowakei in keiner Weise erschüttert. Albanien ist seit Jahren „kapitalistisch titostisch“ eingekreist, an seinem Satellitendasein hat das nichts geändert.

Nicht unnötig erschweren

Allerdings wird man sich in dem kommenden politischen Ringen mit den Sowjets einen Erfolg unnötig erschweren, wenn man dieses Ringen einleiten und begleiten läßt von Forderungen und Argumenten, die den Sowjets den Stempel von Canossagängern aufdrücken könnten, aber politisch leider unreal sind.

In der guten alten Zeit war es ein selbstverständliches Prinzip der Diplomatie, dem Gegner den Rückzug und das Nachgeben nicht unnötig schwerzumachen. Was in der Auseinandersetzung mit den Sowjets erreicht werden soll, ist ihr Rückzug aus dem europäischen Kernraum.

Man muß wünschen, daß auf westlicher Seite bei aller sachlichen Entschiedenheit doch eine Sprache und eine politische Linie gefunden wird, die der Schaffung einer gedeihlichen Atmosphäre dienlich und der notwendigen Politik internationaler Entspannung durch deutsche Wiedervereinigung förderlich ist.

Ausgangspositionen

Die sachlichen Schwierigkeiten sind ohnehin groß und zahlreich genug. So sehr, daß die gegenwärtigen Erörterungen darüber in Politik und Publizistik selbst dann verwirrend wären, wenn eindeutige Begriffe zur Verfügung stünden.

In dem Hin und Her des Meinungsaustausches ist immerhin einiges in den letzten Wochen recht klar geworden: Waffenlosigkeit scheidet für ein wiedervereinigtes Deutschland nach allgemeiner, offenbar auch sowjetischer Auffassung aus. Klar geworden ist ferner, daß Neutralisierung auch eines bewaffneten Gesamtdeutschlands keine Lösung ist.

Neutralität heißt genau genommen: sich aus dem internationalen politischen Geschehen heraushalten beziehungsweise herausgehalten werden (Neutralisierung). Das ist einfach unmöglich. Ein Volk unserer Zahl,

in unserer geographischen Lage, mit unserer wirtschaftlichen Abhängigkeit von der Welt und ihrem Lauf muß die Möglichkeit haben, seine Meinung zu dem Geschehen in der Welt geltend und mit friedlichen und fairen Mitteln wirksam zu machen.

So werden sich ernsthafte Ost-West-Verhandlungen schließlich doch auf die militärische Stellung eines wiedervereinigten Deutschland konzentrieren. Hier muß der Weg gesucht und hier muß schließlich auch ein Weg gefunden werden.

Bewaffnungsstopp wäre falsch

Nun hat die SPD in der letzten Bundestagsdebatte wiederum gefordert, die deutsche Wiederbewaffnung auszusetzen. Das jedoch scheint uns ein falscher Schluß aus der Tatsache zu sein, daß der künftige militärische Status Gesamtdeutschlands eine der entscheidenden Fragen der Wiedervereinigung ist.

Falsch, weil es gerade die Pariser Verträge waren, die den Krenl in politische Bewegung gebracht haben. Falsch, weil wir diese heilsame Wirkung auf die sowjetische Politik selber paralisieren würden, wenn wir das Kernstück der Verträge, die deutsche Wiederbewaffnung, gewissermaßen wieder herausnehmen würden. Falsch auch, weil wir das Vertrauen des Westens — und letztlich auch des Ostens — in deutsche Unterschriften untergraben würden, wenn wir unmittelbar nach der Unterschrift den Vollzug von Verträgen auszusetzen wünschten.

Aber es kommt noch anderes hinzu: Wenn in absehbarer Zeit die Wiedervereinigung verwirklicht werden soll, dann kann sie gar nicht so vor sich gehen, ohne daß angesichts der kaserierten Volkspolizei entsprechende Formationen der Bundesrepublik den notwendigen Ausgleich bieten.

Deshalb scheint es uns gerade im Interesse realistischer Wiedervereinigungspolitik richtig zu sein, daß die Bundesregierung die notwendigen gesetzlichen und organisatorischen Schritte zur Aufstellung der Grundformationen aus Freiwilligen schnell tut.

Wollwebers Sprengstoff

Hamburg (DPA). Das Hamburger Landgericht verurteilte die 56jährige Maria Reinke wegen Beihilfe zum Sprengstoffverbrechen zu sechs Monaten Gefängnis.

Bei dem Prozeß ging es um das Sprengstoffunglück am 7. März in Harburg. Bei der Explosion in einer Kellerwohnung in Harburg waren der Mann der Angeklagten und der 27jährige Heinrich Überbrück aus Harburg ums Leben gekommen.

Die Angeklagte sagte aus, daß ihr Mann einen Auftrag in Ostberlin erhalten habe. Er sei dort mit dem Leiter des Staatssicherheitsdienstes der Sowjetzonenrepublik, Ernst Wollweber, zusammengetroffen.

Blitzbesuch

Bonn (AP/DPA). Bundeskanzler Dr. Adenauer wird Mitte Juni nach den USA reisen, um dort die Ehrendoktorwürde der Harvard-Universität in Empfang zu nehmen und Besprechungen mit Präsident Eisenhower und Außenminister Dulles zu haben.

Vier deutsche Wünsche

Richtlinien Adenauers an die Botschafter

Bühler Höhe (DPA). Die Konferenz des Bundeskanzlers mit den deutschen Botschaftern in Washington, London und Paris hat am Mittwoch die volle Übereinstimmung der drei Westmächte und der Bundesregierung in der Beurteilung der gegenwärtigen politischen Lage ergeben. In der dreistündigen Konferenz gab Adenauer auf seinem Urlaubsort Bühler Höhe den deutschen Vertretern in den Hauptstädten der drei Westmächte die Direktiven für die Behandlung der deutschen Frage bei einer Viererkonferenz mit auf den Weg. Wie verlautet, sind die deutschen Wünsche wie folgt:

1. Eine Wiedervereinigung Deutschlands muß im Rahmen einer allgemeinen Ost-West-Entspannung erfolgen.

2. Eine künftige gesamtdeutsche Regierung muß volle Handlungsfreiheit haben. Eine Neutralisierung Deutschlands oder

Verkehr zur Zone erleichtern

Eine Forderung des Bundestages

Bonn (Eigenbericht). Die Bundesregierung soll „alle geeigneten und erfolgversprechenden Maßnahmen“ ergreifen, um den Kontakt zwischen den Menschen im Bundesgebiet und in der Sowjetzone zu verbessern. Dieser Beschluß ist einstimmig im Bundestag gefaßt worden.

Die Entschließung des Bundestags beruht auf einem Vorschlag des Gesamtdeutschen Ausschusses, der zahlreiche Vorschläge für die Verbesserung des Verkehrs enthält. So soll die Eröffnung weiterer Grenzübergangsstellen angestrebt, die Grenzkontrolle abgekürzt und die Wiedereinführung von Rückfahrkarten für Sowjetzonenbewohner, die in den Westen kommen, angeregt werden.

Die sowjetzonale Regierung hat bisher auf weitgehende Kontrollen und Beschränkungen nicht verzichtet. Sie grübelt heute sogar darüber nach, wie sie dem innerdeutschen Verkehr über die Zonengrenze neue Fesseln anlegen könnte. Entsprechende Maßnahmen sind anscheinend in Vorbereitung. Sie wurden kürzlich von einer Ostberliner Zeitung mit dem Hin-

weis begründet, daß in der Zone infolge der Beschlüsse der Warschauer Konferenz „neue Maßnahmen zur Verteidigung getroffen werden, die unsere Gegner zur Verschärfung ihrer Spionagetätigkeit reizen werden“. Das ist ein übler Vorwand.

Einen wirklich deutschen Kontrast zu diesem Hang nach sibirischer Abgeschlossenheit bietet die Haltung der Bundesrepublik, die einen möglichst freien Verkehr von Pankow fordert. Sie tut das, obwohl sie demnächst mit dem Aufbau militärischer Kräfte beginnen wird, der den auf diesem Gebiete so raffiniert nachspürenden Kommunismus ganz gewiß zur „Verschärfung seiner Spionagetätigkeit“ reizen wird. Der „westdeutsche Aufmarschraum für den amerikanischen Krieg“ steht indessen jedem Bewohner der Zone offen. Wir wollen ihn, das ist der Sinn der Beschlüsse des Bundestages, für die Bewohner der Zone sogar noch offener machen. Sie können und sollen sehen, was dort geschieht. Wir haben nämlich weder die Furcht noch das schlechte Gewissen, die es den Machthabern der Zone anscheinend gebieten, die von ihnen beherrschte Bevölkerung vor der Berührung mit der Freiheit möglichst zu „schützen“.

Gesamtdeutschlands wird abgelehnt.

3. Die Vereinigten Staaten müssen Mitglied eines europäischen Sicherheitssystems sein.

4. Die Bundesregierung wird alles Notwendige zur Verwirklichung der Pariser Verträge tun, besonders des militärischen Teiles.

Verbundenheit mit Königsberg

Duisburg (Eigenmeldung). In Duisburg, der Patenstadt von Königsberg, hat die 700-Jahrfeier Königsbergs stattgefunden. In einer Ansprache während des Festaktes gab der Bundesminister Jakob Kaiser seiner Verbundenheit mit der ostpreussischen Stadt Ausdruck.

Sie sei so tief, daß der Bundeskanzler einmal gesagt habe, „der Jakob Kaiser will aus Franken sein. Er ist es nicht. Er ist aus Königsberg.“ Diese

Feststellung rechte er sich zur Ehre an.

Jahrestagung

Braunschweig (AP). Das Kuratorium „Unteilbares Deutschland“ veranstaltet seine Jahrestagung am 11. und 12. Juni in Braunschweig. Auf einer Großkundgebung werden Bundesminister Kaiser, der SPD-Vorsitzende Ollenhauer und Professor Dr. Graf Stauffenberg sprechen.

Belgrad ist betont kühl

Der Moskauer Staatsbesuch bei Tito

Belgrad (AP/DPA). Die sowjetische Regierungsdelegation unter Führung des Ersten Parteisekretärs Chruschtschow ist zu den angekündigten Besprechungen mit der jugoslawischen Regierung in zwei Sonderflugzeugen in Belgrad eingetroffen. Chruschtschow schüttelte dem jugoslawischen Staatschef Tito lange und betont herzlich die Hand, während zum erstenmal seit 1948 in Belgrad wieder die sowjetische Nationalhymne erklang.

In einer viertelstündigen Begrüßungsrede, die über die jugoslawischen Sender verbreitet wurde, bedauerte Chruschtschow im Namen der jätzigen sowjetischen Regierung „aufrichtig“ den Ausschuß Jugoslawiens aus dem Kominform im Jahre 1948. Er machte dafür die Tätigkeit von „Volksfeinden“ und „anderen Agenten der Imperialisten“ verantwortlich und nannte ausdrücklich den damaligen Chef des Sicherheitsdienstes, Berija, der inzwischen hingerichtet worden ist. Das Material, auf das sich die schweren Beleidigungen und Anklagen gegen Jugoslawien gestützt habe, sei als gefälscht erkannt worden.

Besonderes Gewicht legte Chruschtschow auf die Beziehungen zwischen den kommunistischen Parteien beider Länder, die wieder auf eine vertrauensvolle Grundlage gestellt werden müßten.

Tito hörte die Rede Chruschtschows mit unbewegtem Gesicht an und schüttelte verneinend den Kopf, als ihn Chruschtschow und Bulganin am Ende, sichtlich in Erwartung einer Antwort, fragend anblickten.

In den ersten beiden Sitzungen der sowjetisch-jugoslawischen Besprechungen fand ein Meinungsaustausch über die in-

ternationale Lage und die sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen statt. Die Besprechung diente auch dazu, den Zweck und Charakter der Konferenz zu klären, die durch die Begrüßungsrede des sowjetischen Delegationschefs Chruschtschow am Vortag auf eine parteipolitische Ebene gerückt schien.

Von unterrichteter Seite verlautete, daß Marschall Tito diesen etwa vorhandenen sowje-

Moskau nimmt Einladung an

Noten für Viererkonferenz

London (AP/DPA). Die Sowjetunion hat die Einladung der drei Westmächte zu einer Konferenz der vier Regierungschefs in naher Zukunft angenommen, gleichzeitig jedoch die USA beschuldigt, Vorbedingungen zu stellen, die die Konferenz zum Scheitern bringen würden. Jede Erörterung der Stellung kommunistischer Staaten in Osteuropa lehnte die Sowjetunion energisch ab.

Die Regierungen der Westmächte begrüßten die Annahme der Einladung. Ein französischer Sprecher bedauerte jedoch die Angriffe auf die USA, die er als „unglücklich“ bezeichnete.

tischen Wunsch von vornherein zunichte machte und darauf verwies, daß es sich um eine Konferenz zwischen Regierungen handele, bei der es bleiben müsse.

Die betont kühle Aufnahme der Begrüßungsrede Chruschtschows durch die amtliche jugoslawische Presse hatte bereits deutlich gemacht, daß Chruschtschows Appell nach engeren Beziehungen beider Parteien wenig Gegenliebe fand.

Unter dem Schutz strengster Sicherheits- und Geheimhaltungsmaßnahmen fand auch die dritte Sitzung am Sonnabend statt. U. a. standen wirtschaftliche Fragen, wie eine etwaige Entschädigung Jugoslawiens für Verluste durch den Kominform-Boycott, zur Debatte.

Die Stimmung war im Vergleich zu den beiden ersten Tagen gelockert.

Ein Sprecher des britischen Außenministeriums teilte mit, daß die Westmächte sofort über die Note und eine Antwort beraten werden. Die sowjetische Mitteilung lasse die Situation, wie sie seit den Wiener Besprechungen der Außenminister bestehe, unverändert. Die diplomatischen Scharmützel um das Thema „neutraler Gürtel“ werden in London nicht als erster Konfliktstoff betrachtet. Es besteht kein Plan der Westmächte, so wird betont, einen neutralen Gürtel unter Einbeziehung der „Satellitenstaaten“ vorzuschlagen. Man ist aber in London der Ansicht, daß man nicht über Neutralität oder Neutralisierung für den westlichen Bereich allein sprechen kann. Wenn schon die Sowjetunion die Frage der Neutralität zur Debatte stelle, dann könne auch die Position östlicher Staaten erörtert werden.

Bonn wird konsultiert

Washington (AP/DPA). Die amerikanische Regierung hat wenige Stunden nach der sowjetischen Zustimmung zur Abhaltung einer Viermächtekonferenz, der Bundesregierung die Zusicherung gegeben, daß sie über alle Deutschland betreffenden Fragen auf der bevorstehenden Konferenz zu Rate gezogen wird.

62 Sitze Mehrheit für Eden

London (AP). Die britischen Parlamentswahlen haben der konservativen Partei Premierminister Edens einen in seiner Höhe unerwarteten Sieg gebracht. Mit einer Mehrheit von voraussichtlich 62 Sitzen werden die Konservativen in das Unterhaus einziehen, in dem ihre Majorität bisher nur 18 Mandate betrug.

Der hohe Wahlsieg bedeutet eine wesentliche Stärkung der Position Edens auf der kom-

menden Viermächtekonferenz, bei der auch über die Zukunft Deutschlands verhandelt wird, und eine Fortführung der bisherigen britischen Politik der engen Zusammenarbeit mit den USA und den Mitgliedern der Westeuropäischen Union.

Die Konservativen konnten 344 Sitze erringen. Damit ist es zum ersten Male seit 90 Jahren einer Regierungspartei gelungen, bei Neuwahlen ihre Mehrheit zu erhöhen.

Beruhigungspillen für die SED

Neue Anweisungen für Parteiredner über Neutralisierungspolitik

Berlin (Eigenbericht). Die Abteilung Agitation und Propaganda des Zentralkomitees der SED hat an die SED-Kreissekretäre neue „Diskussionsanweisungen“ über die „österreichische Lösung als Beispiel für die deutsche Wiedervereinigung“ ausgegeben. Diese bildeten in den letzten Tagen die Grundlage für Reden von SED-Parteisekretären in zahlreichen Versammlungen der Betriebspartei-Organisationen der Sowjetzone.

Dabei ging es der SED-Führung offensichtlich um zweierlei: Einmal der SED-Mitgliedschaft zu erklären, daß Neutralisierung der erste Schritt zur Bolschewisierung ganz Deutschlands sei, ferner aber auch festzustellen, wie das durchschnittliche Parteimitglied und der kleine Parteifunktionär auf die neueste Deutschland-Politik der Russen reagiert.

Einleitend erklärten die Redner übereinstimmend, die Sowjetunion werde bei den kommenden internationalen Verhandlungen für ein neutralisiertes Deutschland eintreten, das zwar ein kleines Heer aufstellen, sich jedoch keinem Militärbündnis anschließen dürfe. Die Sowjetunion wolle zusammen mit den Westmächten dessen Neutralität garantieren.

Bei einer solchen Deutschland-Lösung werde die Sowjetunion eine Schutzgarantie für die SED-Mitglieder und Staatsfunktionäre der Sowjetzone verlangen. Keinem werde wegen seiner früheren Betätigung in der Deutschen Demokratischen Republik ein Haar gekrümmt werden.

Ein Bruch dieser Garantie würde einen Grund für eine sofortige militärische Aktion des Ostblocks gegen ein vereinigtes Deutschland sein. Die Sowjetunion habe sich die gleiche Garantie auch von Österreich geben lassen.

Hierbei dürfe auch nicht vergessen werden, daß nach einem solchen Abkommen über Deutschland die Militärmacht der Vereinigten Staaten gebrochen sei, da die amerikanischen Truppen dann Europa verlassen müßten. Die kleine deutsche Armee werde aber niemals in der Lage sein, der militärischen Macht des Ostens zu widerstehen.

Diese Ausführungen wurden

unter der SED-Mitgliedschaft sehr unterschiedlich aufgenommen. Da allgemein mit einer Wahniederlage der SED im Falle freier und geheimer gesamtdeutscher Wahlen gerechnet wird, gingen die Meinungen darüber auseinander, welchen praktischen Wert eine solche

von den Russen verlangte Straffreiheit für SED-Mitglieder und SED-Funktionäre gegebenenfalls hätte. Während die fanatischen Parteifunktionäre mit der erfolgreichen kommunistischen Unterminierung eines neutralisierten Deutschland rechnen, sind die kleinen Parteimitglieder von ersten Zweifeln und Sorgen über ihre höchst ungewisse Zukunft geplagt. Das war jedenfalls das allgemeine Stimmungsbild, über das die SED-Kreissekretäre nach den in ihrem Dienstbereich abgehaltenen Versammlungen an Agit-Prop berichten.

Die „Prawda“ im Düsenjäger

Moskaus Meinungseintopf im ganzen Land

Stockholm (Eigenbericht). Moskaus Meinungsdictatur über das gesamte riesige Gebiet der Sowjetunion ist in den letzten drei Jahren weiter verstärkt worden. Dies zeigen Angaben über die Auflagen der sowjetischen Presse und die Zahl der in der UdSSR erscheinenden Zeitungen, die jetzt anlässlich des jährlich gefeierten „Tages der Presse“ in der russischen Hauptstadt veröffentlicht wurden.

Danach ist die Gesamtauflage der Sowjetpresse von 41,7 Mill. Exemplaren im Jahre 1953 auf 47 Mill. Exemplaren im Jahre 1955 gestiegen. Diese Auflagesteigerung bleibt allerdings noch immer recht weit hinter dem bereits für 1937, dem letzten Jahr des zweiten Fünf-Jahresplans, aufgestellten Soll von 66 Mill. Exemplaren zurück.

Die politische Führung scheint aber inzwischen das Hauptgewicht weniger auf Rekordaufgaben, sondern vielmehr darauf zu legen, die Lokalpresse langsam aussterben zu lassen. An ihre Stelle sollen die von Moskau gelenkten und redigierten Großzeitungen treten.

Diese Tendenz zur verstärkten Zentralisierung der Meinungsbeeinflussung kommt in der Schließung von 1200 sowjetischen Zeitungen während der letzten zwei Jahre eindrucksvoll zum Ausdruck. Trotz der Auflagesteigerung von 5,3 Mill.

Exemplaren gingen nämlich 500 Zeitungen im Jahre 1954 und 700 Zeitungen im Jahre 1953 ein. Ihre Leserschaft wurde automatisch auf die größeren Provinzzeitungen und die in Moskau erscheinenden Hauptorgane übertragen.

Reise der Matrizen

Der weitere Ausbau des Lufttransportes hat dazu geführt, daß Moskaus Meinungseintopf jetzt ein immer größeres Gebiet bedienen kann. Voll Stolz berichtete vor einigen Tagen die „Prawda“, daß jetzt sogar Düsenjäger eingesetzt werden, um täglich ihre Matrizen nach den östlichen Provinzen und nach Sibirien zu fliegen, wo dann Sonderausgaben mit genau dem gleichen Inhalt wie in Moskau gedruckt werden. Dadurch werden die russischen Lokalblätter, die Lokalnachrichten schon bisher kaum bringen durften, völlig überflüssig.

Auflage „Staatsgeheimnis“

Die Gesamtauflage der „Prawda“, die als „Staatsgeheimnis“ nicht bekanntgegeben wird, kann unter diesen Umständen heute auf fünf Millionen Exemplare geschätzt werden. Dagegen ist die Auflage der „Iswestija“, die in der Vorkriegszeit genau so groß wie die der „Prawda“ war, inzwischen erheblich gesunken.

Pankows „Titoisten“ rebellieren

Belgrader Chruschow-Rede stiftete Verwirrung

Wie eine Bombe hat in den Funktionärskreisen der SED die Belgrader Rede des KPdSU-Sekretärs Chruschow eingeschlagen, in der Berija und andere liquidierte Geheimpolizei-Größen Moskaus für das Zustandekommen des „Titoismus“ verantwortlich gemacht werden. Chruschow, der sich Arm in Arm mit Tito sehen ließ, erklärte rundweg, es habe niemals einen „Titoismus“ gegeben, diese Begriffserklärung sei eine Vortäuschung „hinterlistiger Volksfeinde“ gewesen. Womit ein für allemal festgestellt sein dürfte, daß für die neue sowjetische Parteiführung der SED-Chef Ulbricht als „Volksfeind Nr. 1“ in der deutschen KP zu gelten hat.

Ulbricht hat in alleiniger Verantwortung 1949 eine großangelegte Säuberung innerhalb seiner Partei durchgeführt, der in Ostberlin rund 400 und in der Zone über 1000 leitende Kommunisten zum Opfer gefallen sind. Zu ihnen gehören: Der Intendant des Berliner Rundfunks, Heinz Schmidt, seine Frau, die DFB-Vorsitzende Eva Schmidt-Cölmar, der ehemalige Leiter der Belgrader Antifa-Schule und „Tribüne“-Chefredakteur Alfred Lowack, der SED-Parteihochschul-Dozent Wolfgang Leonhard, Betroffene des Lex Ende- und Paul Merker-Prozesses sowie mehr als 60 leitende Regierungsangestellte, die zum Teil

niemals mit Jugoslawien in Beziehung gekommen sind.

Ein Teil dieser zumeist auf „Bewährungsarbeit“ gesetzten Genossen hat in den letzten Monaten, seit man in Moskau wieder freundschaftliche Beziehungen zu Marschall Tito sucht, die damaligen Beschuldigungen auf die Tagesordnung zu bringen versucht.

Der heute als Presseverbandsleiter kaltgestellte Lowack hat bei der Zentralen Partei-Kontrollkommission (ZPKK) als erster ein Parteiverfahren gegen sich selbst eingeleitet. Schmidt hat sich direkt an eine Moskauer Stelle ge-

wandt, um eine Überprüfung seiner Beziehungen zu ehemals leitenden Jugoslawen einzuleiten.

Überall in der SED und vor allem in den betroffenen Funktionärskreisen brodelt es, und es gibt offene Vorwürfe gegen Ulbricht, der hier vor einer Änderung der sowjetischen Politik die Augen verschließen will.

Argumente gibt es genug für die verbannten Kommunisten: In der Tschechoslowakei und sogar in Moskau wurden im April und Mai mehrere — hauptsächlich Gewerkschaftsfunktionäre — wieder in Ämter eingesetzt, die man ihnen unter der Beschuldigung des „Titoismus“ entzogen hat.

Die SED-Mitglieder jedenfalls verfolgen mit Interesse, was auf die ersten Schritte der „Tito-Rebellen“ hin erfolgen wird.

Flucht Jugendlicher nimmt zu

Die Auswirkungen der KVP-Werbung

Berlin (DPA). Die Flucht Jugendlicher aus der Sowjetzone vor der Anwerbung zur kasernierten Volkspolizei hat in diesen Tagen einen Höhepunkt erreicht. Täglich melden sich gegenwärtig 140 bis 150 Jugendliche aus der Sowjetzone, die sich der Eingliederung in die vorbereiteten Sowjetzonen-Streitkräfte entziehen wollen. Kaum zu einem Zeitpunkt vorher war der Anteil jugendlicher Flüchtlinge am täglichen Flüchtlingsstrom mit 40 bis 50 Prozent so hoch.

Das Durchgangslager für männliche Jugendliche im Alter von 18 bis 25 Jahren in Berlin-Kladow ist völlig überfüllt. Die Lagerleitung mußte jetzt Tages- und Aufenthaltsräume notdürftig als Schlafunterkünfte einrichten. Vertreter der Notaufnahmehörden in Marienfelde werden jetzt in das Jugendlager verlegt, um dort die eintreffenden Jugendlichen direkt zu registrieren und ihren beschleunigten Abflug in die Bundesrepublik zu veranlassen.

Einreise nach Schlesien

Braunschweig (AP). Die polnische Militärmission in Berlin hat dem „Heimatkreis Hindenburg/OS, Heimatgruppe Braunschweig, Harz und Heide“ auf Anfrage mitgeteilt, daß Verwandtenbesuche aus der Bundesrepublik in den polnisch besetzten deutschen Gebieten jenseits der Oder und Neiße möglich seien.

Wörtlich heißt es in dem Schreiben der Militärmission: „Wenn Sie in das Gebiet der Volksrepublik Polen einreisen wollen, so teilen Sie dies der Militärmission der Volksrepublik Polen in Berlin W 15, Schlüterstraße 42, mit. Von dieser werden Ihnen dann die notwendigen Formulare, die vor der Einreise ausgefüllt werden müssen, übersandt.“

Arzneimittel für Heimatvertriebene

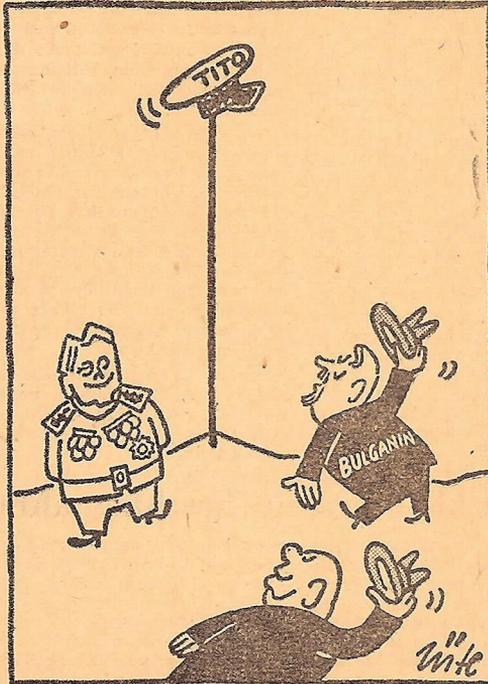
Berlin (Eigenbericht). Ein Jahr besteht jetzt der „Ärztliche Beratungsdienst“ im Haus der Ostdeutschen Heimat am Kaiserdamm, der vom Berliner Landesverband der Heimatvertriebenen eingerichtet wurde. Durch ihn erhalten die 2,5 Millionen Heimatvertriebenen, die in der Sowjetzone und in Ostberlin wohnen, Medikamente, die im Osten nicht zu haben sind.

In einem Jahr wurden 7472 Patienten von der Beratungsstelle betreut und 15 000 Medikamente kostenlos an Sowjetzonen-Bewohner ausgegeben. Der Bestand des Medikamentenlagers hat einen Wert von etwa

30 000 DM. Es handelt sich ausschließlich um Spenden der bekanntesten deutschen pharmazeutischen Fabriken, die in einem Jahr 23 693 Packungen mit Arzneimitteln im Werte von 50 000 DM zur Verfügung stellten.

Sowjetzonen-Bewohner, die selbst am Kaiserdamm vorsprechen, werden von einem hier Dienst tuenden Arzt beraten, der auch die entsprechenden Mittel verabfolgt. Für jeden Patienten wird eine Karteikarte angelegt, so daß er sich später durch Bekannte, die nach Westberlin fahren, das dringend benötigte Medikament mitbringen lassen kann.

In Belgrad



„Seht ihr den Hut dort auf der Stange...“

Resolution gegen Resolution

Eine kommunistische Delegation aus Ostberlin hat versucht, dem Innensenator Lipschitz ein „Protestschreiben gegen das geplante Treffen der faschistischen ‚Bären-division‘“ persönlich zu übergeben. Nachdem Lipschitz aber darauf aufmerksam machen ließ, die Delegation hätte zuvor eine ausliegende Resolution zu unterschreiben, in der gegen die von den Sowjets verfügte Entlassung des Generals Schörner und gegen ein geplantes sogenanntes gesamtdeutsches Treffen ehemaliger Offiziere in Ostberlin protestiert wird, zogen die „SED-Resolutionisten“, wie verlautet, „wortlos von dannen“.

Fahrplan-Panne

Nachdem seit längerer Zeit die Wiederaufnahme des Zehn-Minuten-Verkehrs auf der S-Bahn-Strecke nach Hermsdorf vom 22. Mai an von der „Reichsbahndirektion Berlin“ versprochen worden war, hat man diesen verstärkten Betrieb nur etwa vier Tage aufrechterhalten können. Dann verschwanden die Ankündigungen von den Bekanntmachungstafeln.

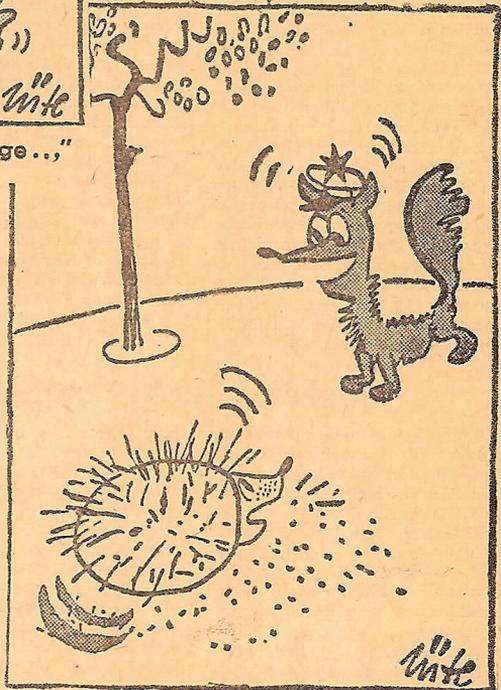
Begriffsverirrung

Endlich bietet sich mal die Gelegenheit, dem SED-Zentralorgan aus vollem Herzen zu applaudieren. Nämlich für folgende Feststellungen, die letzte Woche im „Neuen Deutschland“ zu lesen waren: „Wir Deutschen werden niemals auf unser nationales Recht der Selbstbestimmung verzichten. Wenn unser Vaterland wiedervereinigt wird, so kann das nur eine Wiedervereinigung in Freiheit sein. Eine andere gibt es nicht.“

Bisher wurden Worte wie „Selbstbestimmung“ und „Freiheit“ als leere bürgerliche Vokabeln vermieden. Nach zehnjähriger Diktatur glaubt man offenbar, die Verwirrung der Begriffe so weit getrieben zu haben, daß man schwarz sagt, wenn man weiß meint. Diese Begriffsverwirrung mag sich in den Hirnen einiger Funktionäre vollzogen haben. Die normal Gebliebenen lassen sich kein X für ein U vormachen.

Befehl an die Kühe

„Die Milchleistung je Kuh ist auf 110,7 Prozent zu steigern.“ So lautet eine der Anweisungen im „Beschluss der Volkammer der DDR über die Aufgaben des Volkswirtschaftsplans 1955“.



„Neutralitätspolitik hin und her —
Ich möchte lieber mein Fell anbehalten“

Schöne Worte — falscher Kurs

Ostberliner Theaterpläne nüchtern betrachtet

Daß man in Ostberlin keinen Pfennig scheut, wenn man mit „Kultur“ repräsentieren will, ist bekannt. Mit einem Kostenaufwand von 6,5 Mill. Ostmark soll jetzt das Deutsche Theater in Ostberlin den „modernen Erfordernissen“ angepaßt werden, weil es, wie der Intendant des

mit den früheren prominenten Darstellern. Kunststück! Ein freier Schauspieler läßt sich natürlich nicht in rotes Konzeptpapier einwickeln.

Auch wir finden es bedauerlich, daß gleichzeitig im Westberliner Schillertheater und im Ostberliner Deutschen Theater der „Nathan“, „Faust“, „Kabale und Liebe“ und „Don Carlos“ gegeben werden. Leider sind das nicht nur spielplantechnische Fragen. Das Übel liegt tiefer. Wir können nicht erwarten, daß „Don Carlos“ und „Nathan“ in ihrem geistigen Gehalt nicht verfälscht werden auf einer Bühne, in deren unmittelbarer Nachbarschaft die Ideale dieser Dichtungen mit Füßen getreten werden.

Die These von „zwei Sprachten“, so meint Langhoff, trifft mindestens für die deutschen Theaterleute hüben und drüben nicht zu und verweist als Bestätigung auf den Bühnenaustausch anlässlich der Schillerfeiern.

Das sind schöne Worte. Aber eines können wir dabei nicht vergessen: Das Theater hat auch bei uns eine öffentliche, eine gesellschaftliche Funktion, aber es ist frei, weil vom Autor bis zum Bühnenbildner alle Theaterleute frei schaffen können. Im kommunistischen Machtbereich aber ist das Theater festgelegt auf eine ganz bestimmte parteipolitische Funktion.

Das aber, so meinen wir, ist der Tod des Theaters, wenn es den Menschen festlegen will auf eine Gleichung, sei sie nun rot oder braun.

Freunde in der SBZ, die unsere Aufklärungsarbeit unterstützen und ihre Meinung über den Inhalt äußern wollen, bitten wir, den Fundert dieses Blattes an das Postschließfach Nr. 58 nach Berlin-Charlottenburg 9 mitzuteilen.

Hauses, Sowjetzonen-Nationalpreisträger Langhoff, ausführte, „räumlich beengt und technisch veraltet“ sei.

Das mag stimmen. Aber beim Theaterspielen ist wesentlicher der Geist als sein Gehäuse. So wird auch die technische Vollkommenheit nichts mehr vom seit langem schon verbannten Geiste Max Reinhardts auf dieser traditionsreichen Berliner Bühne beschwören können.

Langhoff hat die Gelegenheit benutzt, eine persönliche Adresse an Westberlin zu richten. Er sprach dabei vom „schweren künstlerischen Aderlaß“ für das Deutsche Theater durch die „scharfe Trennung“ der Stadt. Jedoch habe es sich als leichter erwiesen, mit einem „neuen Schauspielerstamm“ eine „Regiekonzeption“ zu verwirklichen als

Kirchenblatt erneut beschlagnahmt

Die bereits am 15. Mai wegen einer Veröffentlichung der Erklärung der Spandauer Synode der Evangelischen Kirche der Union zur deutschen Wiedervereinigung beschlagnahmte Ostberliner evangelische Zeitung „Die Kirche“ konnte auch ihre Ausgabe vom 22. Mai den Ostbeziehern nicht zustellen. Über die Gründe der erneuten Beschlagnahme gibt die Pfingstnummer des Blattes Auskunft, in der — offensichtlich auf behördliche Nötigung — ein Schreiben des Presseamtes beim sowjetzonalen Ministerpräsidenten abgedruckt wird.

Darin wird der Zeitung vor-

geworfen, sie habe ihre Leser über den wahren Anlaß zu der ersten Beschlagnahme „täuschen und damit die Organe der DDR zugleich erneut wissenschaftlich diffamieren wollen“.

Die Katholische Nachrichten-Agentur berichtet hierzu, daß kein Exemplar der evangelischen Kirchenzeitung mehr ausgeliefert werden dürfe, bevor es nicht die Zensurstelle für das Ostzeitungsamt passiert hat.

Flugzeuge zu verkaufen

Wollen Sie ein Flugzeug kaufen? Prospekte mit dieser Frage finden jetzt viele westdeutsche Geschäftsleute in ihrer Post. Der Bund ist souverän. Also darf wieder geflogen werden, Auch privat. Und schon sind die ersten Privatflugzeuge in den Großstädten der Bundesrepublik zu besichtigen — und zu kaufen.

Die „Aviawest“ in Ludwigsburg offeriert zum Beispiel zwei Typen, von denen das billigste nicht viel teurer ist als ein repräsentativer, großer Reisewagen. Dieses Modell nennt sich „Auster Autocar“. Drei Per-

sonen bietet es bequem Platz. Komfortabler ist die „Super Aero“ aus Ganzmetall.

Die Berechnungsgrundlage für dieses zweimotorige Reiseflugzeug ist sehr günstig. Zugrunde gelegt wurden in dem Prospekt 800 Betriebsstunden im Jahr. Die Betriebsstunde, eingeschlossen Haftpflicht- und Vollkaskoversicherung, Amortisation und vorgeschriebener Wartungsdienst, Treibstoff und Öl kommt im Durchschnitt auf 25 DM. Fliegen vier Personen mit dieser Maschine, so kostet der Flugkilometer pro Person ganze 10 Pfennig.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin - Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 929231. Druck: W. Büxenstein, GmbH.